

Die Israel We Knew Is Gone“, so betitelte Thomas L. Friedman seine Kolumne nach den israelischen Wahlen in der *New York Times*. Das Israel, das wir kennen, gibt es nicht mehr: eine drastische Aussage des mehrmals mit dem Pulitzerpreis ausgezeichneten Journalisten. Sein Text liest sich wie ein Nachruf aus der Feder eines Freundes, der seit fast vierzig Jahren aus und über das Land berichtet.

Friedman steht mit seinem Urteil über die künftige Regierung in Jerusalem nicht alleine. Kurz vor der Wahl übermittelte der Vorsitzende des Senatsausschusses für Außenpolitik, der demokratische Senator Robert Menendez, eine Warnung des US-Präsidenten an den Oppositionsführer Benjamin Netanjahu: Die Beteiligung von Rechtsextremisten an der israelischen Regierung würde die Beziehungen zu Washington schwer belasten. Nun hat aber Netanjahu genau dies vor. Die wichtigsten Minister in seinem zukünftigen Kabinett vertreten Positionen, die hierzulande beim völkischen Flügel der AfD, bei Leuten wie Björn Höcke oder Andreas Kalbitz, zu finden sind. Laut Medienberichten ist für den Posten des Ministers für öffentliche Sicherheit Itamar Ben-Gvir vorgesehen. Dem wegen Hetze und sogar der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung mehrmals verurteilten Politiker soll in Zukunft die Polizei unterstehen. Es gab noch nie eine so weit rechts stehende Regierung in Israel. Am Kabinetttisch wird sich eine Mannschaft von Rassisten, Homo- und Transfeinden sowie religiösen Fundamentalisten versammeln, welche die Justiz schwächen und den Rechtsstaat abbauen wollen. Denn ein wichtiges Anliegen der neuen Regierung ist, den Regierungschef vor der drohenden Gefängnisstrafe wegen Korruption zu retten. Wenn Friedman den Tod des bisherigen Israels betrauert, meint er nicht nur den Rechtsruck, sondern nichts weniger als den Untergang der Idee des humanistischen Zionismus – also der Vorstellung, dass der Staat gleichermaßen jüdisch und demokratisch sein soll. Die neue Regierung wird die erste Säule auf Kosten der zweiten deutlich stärken.

Dieses tektonische Beben am Mittelmeer scheint in Berlin jedoch kaum spürbar zu sein. Die Reaktion der deutschen Politik und Öffentlichkeit auf die Beteiligung von Rechtsextremen an der neuen israelischen Regierung bewegt sich zwischen Verdrängung und Verharmlosung: Der nach den USA wohl zweitbeste Freund Israels bemüht sich um *business as usual*. Bundeskanzler Olaf Scholz hat Benjamin Netanjahu telefonisch zu dessen Wahlsieg gratuliert. Es wurde über „eine weitere Vertiefung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen

Netanjahu, 2022

Die humanistische jüdische Demokratie ist in Gefahr.

Olaf Scholz und Annalena Baerbock müssen sich fragen, ob sie mit rechtsextremen Ministern aus Israel aufs Foto wollen

Von Meron Mendel

Deutschland und Israel“ geredet, so der Regierungssprecher.

In den vergangenen Wochen habe ich mich oft gefragt, warum man in Deutschland die vorhersehbaren Folgen für die israelische Demokratie nicht wahrnehmen will. Warum niemand in Berlin ausspricht, was der amerikanische Präsident schon vor der Wahl zu verstehen gab: dass eine Beteiligung von Rechtsextremisten an der Regierung die besonderen Beziehungen zwischen den Ländern schwer belasten wird.

Es wäre falsch, diese Sprachlosigkeit alleine mit der historischen Verantwortung Deutschlands für den Holocaust zu erklären. Entgegen der verbreiteten Vorstellung ist und war die Kritik an der Politik des Staats Israel in Deutschland keinesfalls ein Tabu. Über die Jahre haben auch

Gilt weiterhin Merkels Devise, dass die Sicherheit des Landes Teil deutscher Staatsräson ist?

hohe Regierungsvertreter in Bonn und Berlin immer wieder Missstände in Israel kritisiert, sei es der seit den Achtzigerjahren andauernde Siedlungsbau in der Westbank, die Annexion der Golan-Höhen 1981 oder das umstrittene Nationalstaatsgesetz 2018.

Die aktuellen Entwicklungen in Israel scheinen jedoch die deutsche Politik und Öffentlichkeit zu überfordern, da es nicht nur um die Kritik an bestimmten Maßnahmen der israelischen Regierung geht, sondern um die – demokratisch gewählte – Regierung an sich. Was aber folgt daraus? Werden sich Olaf Scholz und Außenministerin Annalena Baerbock bei den seit 2008 regelmäßig stattfindenden deutsch-israelischen Regierungskonsultationen demnächst mit Itamar Ben-Gvir und seinen Gleichgesinnten ablichten lassen?

Es geht auch um die Frage, ob die Selbstverpflichtung bedingungslos gilt, die Kanzlerin Angela Merkel 2008 vor der Knesset verkündet hatte. Schon damals warnte Altkanzler Helmut Schmidt, für Israels Sicherheit mitverantwortlich zu

sein, sei eine „gefühlsmäßig verständliche, aber törichte Auffassung, die sehr ernsthafte Konsequenzen haben könnte“. Ausgelassen wurden die Fragen, was Israel tun oder unterlassen solle, damit diese Garantie in Zukunft bestehen kann, und überhaupt, was es konkret bedeutet, Israels Sicherheit als Teil deutscher Staatsräson zu betrachten.

Das Versprechen wurde nicht an Voraussetzungen geknüpft wie an den Fortbestand der israelischen Demokratie. Damals war es vermutlich nicht vorstellbar, dass die israelische Demokratie so fragil sein könnte. In den vergangenen Jahren wurden mit dem Verweis auf die Staatsräson so beispielsweise Rüstungsexporte nach Israel begründet sowie Resolutionen wie der Bundestagsbeschluss gegen die israelfeindliche Boykottbewegung BDS.

Jetzt wird es notwendig, das Verhältnis zu Israel zu prüfen. Denn mit dem Aufstieg des religiösen Nationalismus und demokratiefeindlicher Kräfte an die Macht drohen die Fundamente der deutsch-israelischen Beziehung zu erodieren. Eine wahre Wertegemeinschaft kann nur existieren, wenn Israel die humanistische Vision eines jüdisch-demokratischen Staates nicht verabschiedet. Solidarität mit Israel bedeutet heute mehr als zuvor, die friedlichen und demokratischen Kräfte zu unterstützen und israelischen Rechtsextremen – auch solchen mit Ministerposten – eine Absage zu erteilen.

Und bevor demnächst Bilder um die Welt gehen, die deutsche Spitzenpolitiker beim Handschlag mit israelischen Rechtsextremisten zeigen, sollte man sich bewusst machen, dass solche Symbolik eine Ohrfeige für diejenigen bedeutet, welche die Hoffnung auf eine bessere Zukunft für Juden und Palästinenser nicht aufgegeben haben. Die „besonderen Beziehungen“ dürfen nicht dazu dienen, rechtsextreme Politiker in Israel durch Gewohnheiten in den internationalen Beziehungen salonfähig zu machen.

Meron Mendel ist Professor für Soziale Arbeit und Direktor der Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt am Main